

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 20745 im Vereinsregister Chemnitz, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser I / 2014

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Am Lindenberg 21, 07646 Rausdorf, Tel. 01522-1960531, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de **Rausdorf, 21.03.2014**

Spendenkonto-IBAN: **DE60 8705 4000 3850 5163 25, BIC: WELADED1STB** (Erzgebirgssparkasse)

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 200 € zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder

Inhalt:



Energie und Rohstoffe bilden die Grundpfeiler unseres Lebensstiles. Ohne beides werden wir zurückgeworfen in den Lebensstandard von Ureinwohnern: Kein Auto, kein Handy, kein Fernseher, keine industrielle Landwirtschaft. Unser Lebensstil stößt jedoch immer öfter an die

Grenzen begrenzter Ressourcen: Lithium wird knapp, Uran wird knapp, (Erd-)Öl wird so knapp, dass man sich inzwischen mittels Fracking schon an die „schmutzigen“ Reserven macht, Coltan ist schon sehr knapp.

Wir leben so, als ob Energie und Rohstoffe unerschöpflich fließen und stossen doch immer häufiger auf ihre Begrenztheit: Peak (Fossil-)Öl ist nach Ansicht mehrerer Wissenschaftler seit 2008 überschritten: die jährliche Fördermenge steigt seitdem nicht mehr, obwohl der Hunger nach Öl größer wird.

In diesem Steinbeisser habe ich einige Artikel über das Thema Begrenztheit der Ressourcen ausgewählt. In der Auseinandersetzung mit den Folgen unseres Lebensstils drängt sich die Frage auf: wie können wir verhindern, dass wir eines Tages aufgrund von fehlenden Ressourcen gehen sind, ein Leben in Ressourcen-Armut zu führen? Es wäre wohl ein Leben ohne Fernreisen, ein Leben mit Gesprächen ohne Telefon, ein Leben mit dem Blick aus dem (unverglasten) Fenster statt auf das Smartphone, ein Leben mit einer eigenen Kuh im Garten statt des Hüftsteaks aus Argentinien. Es wäre sehr beschwerlich. Zumindest wäre es jedoch vermutlich auch sehr nachhaltig: Menschen leben seit vielen tausend Jahren so - wie wir heute werden wir nur noch wenige Jahrzehnte überleben können. Sind wir heute glücklicher im Überfluß? Müssen wir erst wieder die Erfahrung fehlender Energie machen, um bescheidener zu leben, oder gibt es einen Weg, mit der Begrenztheit von Ressourcen zu leben, indem wir verantwortungsvoll mit ihnen umgehen?

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Ulrich Wieland

1. Info über Beitragsordnung/Konto S.2
2. Info über Satzungsänderung S.2
3. Paukenschlag: Schnependorfer Tagebaue gestrichen S.2
4. Studie der NASA zum Ressourcenverbrauch S.3
5. Offener Brief gegen fracking S.4
6. Papst warnt vor Umweltschäden durch Bergbau S.4
7. Kanadische Ureinwohner wegen fracking-Protesten festgenommen S.4
8. Umweltministerin will fracking in Deutschland verbieten S.6
9. Grüne befragen 100 Firmen nach Ölverbrauch – keine Antwort S.6
10. Siliziummarkt wächst rapide S.7
11. Braukohletagebau zerstört Weltkulturerbe S.7
12. Markt für Kupfer ist angespannt S.8
13. Kupfer – Autos – Menschenrechte S.9
14. Wieder „Berggeschrey“ im Erzgebirge – Bergbau startet neu S.9
15. World Ocean Review: Jetzt geht's an die Energiereserven der Ozeane S.10
16. EU-Konsultation zum Bergbau am Meeresboden bis zum 16.Juni 2014 S.11
17. Greenpeace-Bericht: Rohstoffversorgung bleibt „Achillesferse“ der Wirtschaft S.12
18. Millionenstrafe gegen US-Bergbaufirma wegen Umweltschäden in Kolumbien S.12

Termine :

Mittwoch, den 28. April 2014,

Einladung zur Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt 19.00 Uhr mit folgender Tagesordnung:

Satzungsänderung

Bestätigung der Beitragsordnung

Entlastung des Vorstandes

Berichte über aktuelle Aktivitäten

Gaststätte „Goldener Stern“, Herrenstraße 14, Burgstädt (Parken auf dem Markt Burgstädt)

1. Info zur Beitragsordnung/Konto

Liebe Mitglieder des Netzwerkes der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Die jährlich zu leistende Beitragshöhe von Mitgliedern des Netzwerkes beträgt wie bisher für:

1. natürliche Personen (Einzelmitglieder) 26,00 €
2. juristische Personen (z.B. Bürgerinitiativen) 51,00 €
3. Zusendung des Rundbriefes „Steinbeißer“, 13,00 €

Der Beitrag / Spende ist zu entrichten auf das Konto:

Zahlungsempfänger : Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

IBAN : **DE60 8705 4000 3850 5163 25**

SWIFT-BIC : **WELADED1STB**
(Erzgebirgssparkasse)

Verwendungszweck : Mitgliedsbeitrag/Jahr oder Spende für: (Adresse des Spenders für Zustellung einer Spendenquittung angeben)

Es besteht die Möglichkeit, Mitgliedern die keine Beiträge leisten können, auf Antrag Informationsmaterial kostenlos zu senden.

Wenn Sie kein Interesse mehr an einer Mitgliedschaft haben, erklären Sie bitte Ihren Austritt schriftlich an:

Ulrich Wieland
Am Lindenberg 21
07646 Rausdorf

oder per e-mai :

gesteinsabbau@grueneliga.de

Herzliche Grüße
der Vorstand des Netzwerkes der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V

2. Info über Satzungsänderung

Auf der kommenden Mitgliederversammlung stehen zwei Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Wie schon im vorigen Jahr besprochen geht es zum einen darum, die Anbindung an die Bundesgeschäftsstelle der Grünen Liga auch hinsichtlich der Auflösungsklausel unserer Satzung zu vollziehen, zum zweiten hat sich der Sitz unserer Vereinstätigkeit mehr und mehr nach Burgstädt verlagert, so dass wir diesen Schritt auch in der Satzung umsetzen wollen. Hier die geplanten Änderungen, die es am 28. April abzustimmen gilt. (In Klammern durchgestrichen der alte Text, kursiv die vorgeschlagenen Neuformulierungen):

Änderungsvorschlag für § 1:

Abs. 2. Der Verein hat den Sitz in (~~Aue~~) *Burgstädt*

Abs. 3. Als Gerichtsstand gilt (~~Aue~~) *Chemnitz*

Änderungsvorschlag für § 6:

Abs. 2. Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das restliche Vermögen an die den Verein "Grüne Liga (~~Sachsen~~) e.V. ", der es ausschließlich und unmittelbar zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden hat. Der Verein "Grüne Liga (~~Sachsen~~) e.V.", *eingetragen beim Vereinsregister Potsdam (Amtsgericht Potsdam, Abt. Registersachen, PF 600949, 14467 Potsdam) unter der Nummer VR1512P mit dem Namen Grüne Liga e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen* wird als gemeinnützige Körperschaft unter der Steuernummer (~~3203/000140004808~~) *27/666/56209 beim Finanzamt (Dresden-III) für Körperschaften I, 14057 Berlin, Bredtschneiderstraße. 5* geführt. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand.

3. Paukenschlag: Schneppendorfer Tagebaue gestrichen

von Michael Sawade

Der Zwickauer Stadtteil Schneppendorf darf nun wohl aufatmen. Über 20 Jahre waren hier zwischen Zwickau-Auerbach und dem Mülsner Ortsteil Thurm zwei riesige Kiestagebaue geplant. Das scheint nun vorbei und ist Geschichte.

Nach dem Widerruf der Bergbauberechtigungen („Susi“ und „Heidi“) durch das Sächsische Oberbergamt Freiberg wurden beide Standorte nun auch aus dem aktuellen Regionalplanentwurf entfernt.

Die Planungsregion Chemnitz sieht beide Kiesfelder wegen ihrer Konfliktrichtigkeit jetzt nicht einmal mehr für den langfristigen Abbau vor (siehe www.pv-rc.de).

Für langjährige Schneppendorfer Aktivisten ist das ein Riesenerfolg. Wichtige Hürden im Kampf gegen die ursprünglich angedachten Großtagebaue Schneppendorf und Schneppendorf-Süd sind damit aus dem Wege geräumt und förmlich vom Tisch.

Schneppendorfer, Auerbacher und Thurmer Einwohner dürfen damit wohl wieder aufatmen. Denn nach den jüngsten Weichenstellungen scheinen ihnen langfristig nun doch massive Probleme erspart zu bleiben.

4. Studie der NASA zum Ressourcenverbrauch

Zivilisation ist dem Untergang geweiht

Quelle Berliner Zeitung: (<http://www.berliner-zeitung.de/wissen/10808894.26612426.html>)

Wissen - 20.03.2014

Unsere Zivilisation ist dem Untergang geweiht, wenn der Ressourcenverbrauch weiter so verläuft, wie bei allen früheren Hochkulturen. Das hat eine Nasa-Studie ergeben. Forscher nutzten für ihre Erkenntnis ein mathematisches Modell, das fast 100 Jahre alt ist. Dabei geht es um das Verhältnis von Räubern und Beute

Von Torsten Harmsen

„Die moderne Gesellschaft wird untergehen. Wann das genau passiert, ist noch nicht klar. Aber das Ende ist kaum noch abwendbar. Das behauptet eine Studie [1], die die Nasa in Auftrag gegeben hat. Diese geht davon aus, dass alle Hochkulturen der Menschheitsgeschichte dem Niedergang geweiht waren: das alte Rom, Ägypten, Babylon, die Maya. Forscher um den Mathematiker Safa Motesharrei [2] von der Universität Maryland haben nun modellhaft berechnet, inwiefern solch ein Schicksal auch die heutige Zivilisation treffen kann.

Die Studie ist in der britischen Tageszeitung The Guardian veröffentlicht [3] worden.

Die heutige moderne Zivilisation besitzt scheinbar wesentlich größere technologische Ressourcen als frühere Gesellschaften. Sie scheint auf vielen Gebieten auch flexibler und lernfähiger zu sein. So zumindest ist der Eindruck, den viele von ihr haben, als einer Art Krönung der bisherigen Menschheitsgeschichte.

Für ihre Berechnungen am Computer nutzten die Forscher das sogenannte Räuber-Beute-Modell [4], das in den 1920er-Jahren von zwei Mathematikern entwickelt wurde. Es bezieht sich auf die Nahrungskette und sagt aus: Wenn es genug Beute gibt, nimmt die Anzahl der Räuber zu. Die Beute wird daraufhin kleiner, wodurch die Zahl der Räuber wieder sinkt. Dies gibt der Beute-Population die Möglichkeit, sich wieder zu erholen.

Fatale Spaltung

In der modernen Zivilisation bilden die Menschen die Räuber, die Beute sind die natürlichen Ressourcen. Dem mathematischen Modell zufolge führt die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die ungleiche Verteilung des Reichtums zum totalen Kollaps der Zivilisation.

Fünf Risiko-Faktoren haben die Forscher dabei ausgemacht:

Bevölkerungswachstum, Klimawandel, Wasserversorgung, Landwirtschaftsentwicklung und Energieverbrauch. Bereits jetzt, so die Forscher, sei eine verheerende Dynamik eingetreten. Im Jahr verbrauchen allein die Menschen in der westlichen Welt 1,5-mal mehr Ressourcen, als im gleichen Zeitraum auf der Erde nachwachsen können [5]. Schätzungen zufolge werden in absehbarer Zeit auf der Erde 10 Milliarden Menschen leben.

Nimmt man das Räuber-Beute-Modell der Natur zur Grundlage, dann müssten die natürlichen Ressourcen längst die Möglichkeit bekommen haben, sich wieder zu erholen - durch einen natürlichen Rückgang der Räuber. Im Grunde entspricht das dem Bevölkerungsgesetz, das der britische Ökonom Thomas Robert Malthus bereits Anfang des 19. Jahrhunderts formulierte. Allerdings hat es der Mensch seitdem durch technologischen Fortschritt - etwa mit Düngern und Pestiziden - erreicht, die Ressourcen weit über ihre natürlichen Grenzen hinaus auszubeuten.

Besonders fatal ist nach Aussagen der Forscher, dass die Überausbeutung der Ökosysteme verbunden ist mit einer Aufspaltung der Gesellschaft in reiche Eliten [6] und große arme Bevölkerungsschichten. Ein Effekt ist, dass die Teile der Menschheit, die sich höheren Wohlstand leisten, den drohenden Umweltkollaps viel später spüren als jene, die zum Beispiel durch Dürren, Fluten oder Hungersnöte direkt davon betroffen sind. Sie machen also weiter wie bisher. Vor allem die Eliten an den Hebeln der Macht.

Mit neuen Technologien - etwa dem Erschließen von Energieressourcen durch das Fracking - lässt sich der Kollaps nur hinauszögern, nicht verhindern.

Den Berechnungen zufolge könne man den Zusammenbruch nur vermeiden, „wenn die Pro-Kopf-Rate der Erschöpfung der Natur auf ein nachhaltiges Niveau reduziert wird und die Ressourcen in einigermaßen gerechter Weise verteilt werden“, so die Forscher. Aber dem stehe die Spaltung der Gesellschaft entgegen [7].

Im Grunde bestätigen die Forscher, was bereits die Autoren des Berichts „Die Grenzen des Wachstums“ [8] gefordert hatten - vor mehr als vierzig Jahren.

[1]<http://www.sesync.org/sites/default/files/resources/motesharrei-rivas-kalnay.pdf>

[2] <http://www.sesync.org/users/smotesharrei>

[3] <http://gu.com/p/3nmkz>

[4] <http://de.wikipedia.org/wiki/Räuber-Beute-Beziehung>

[5] <http://www.berliner-zeitung.de/natur/10808906.16952708.html>

- [6] <http://de.wikipedia.org/wiki/Elite>
 [7] <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/10810590,10704284.html>
 [8] <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/10810590,9794302.html>

5. Offener Brief gegen fracking

Offener Brief an den Baden-Württembergischen Umweltminister Untersteller am 6.2.14

„Sehr geehrter Herr Minister Untersteller,

anlässlich des heutigen Artikels in der Schwäbischen Zeitung zum Thema Rose Petroleum und fracking in Oberschwaben fordern wir Sie nachdrücklich auf, keine Erlaubnis zum Aufsuchen von Kohlenwasserstoffen zu erteilen, zu verlängern oder zu übertragen, sondern fracking landesweit zu verbieten. Was in Nordrhein-Westfalen möglich ist, geht bei uns auch!

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und über 30 Bürgermeister haben 2013 eine Resolution gegen fracking zum Schutz unseres Trinkwassers und unserer Thermalquellen unterzeichnet. Außer der FDP, die vermutlich deswegen bei den letzten Wahlen starke Verluste erlitten hat, hat sich hier niemand für fracking ausgesprochen. Alle sind dagegen!

Im Grundgesetz Artikel 20a ist der Schutz unserer Lebensgrundlagen für die nachkommenden Generationen verankert und gewährleistet, was fracking absolut ausschließt. In den USA sind ganze Landstriche unbewohnbar gemacht worden und bei der Infoveranstaltung in Ilmensee hat der Vertreter der Firma Parkyn Energy auf die diesbezügliche Frage lächelnd geantwortet „die USA hätten ein viel entspannteres Verhältnis zum Umweltschutz“! Für uns der pure Zynismus!

Von einem grünen Umweltminister erwarten wir, auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen, wo ich auf der Kreistagsliste bei den Grünen antrete, dass er seine ganze Kraft für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft im Sinne des Artikels 20a des Grundgesetzes einsetzt.

Mit freundlichen Grüßen, im Auftrag des Vorstands der Bürgerinitiative Lebenswerter Haistergau,

Helga Andrea Hagenlocher“

6. Papst warnt vor Umweltschäden durch Bergbau

Lateinamerika/Argentinien/Vatikan
 Posted on: Friday, November 29, 2013 11:04 AM
 Author: Blickpunkt Lateinamerika

Politiker: Franziskus arbeitet an Enzyklika zum Umweltschutz
 Papst Franziskus hat vor nachhaltigen Umweltschäden durch Bergbauprojekte gewarnt. "Wir dürfen

kein Wasser vergeuden und das Wasser nicht kontaminieren", sagte Franziskus in einem am Donnerstag, 28. November (Ortszeit), im argentinischen TV-Sender "TN" ausgestrahlten Gespräch mit Senator Fernando Pino Solanas. Das Interview ist Teil einer längeren Dokumentation, die Solanas zum Thema Umweltzerstörung in Argentinien plant.

"Wir hatten einen ausführlichen und tiefgreifenden Dialog über die Umweltzerstörung in unserem Land und in der Welt", hatte Solanas bereits unmittelbar nach seinem Treffen mit Franziskus im Vatikan Mitte November erklärt. Nach seinen Worten drehte sich das Gespräch auch über die Zusammenarbeit Argentiniens mit dem US-Ölkonzern Chevron. Dieser wird für schwere Umweltschäden im Amazonasgebiet verantwortlich gemacht. Chevron soll in Argentinien der jüngst verstaatlichten Ölgesellschaft YPF helfen, unkonventionelle Erdgas- und Erdölvorkommen mit Hilfe der Fracking-Methode auszubeuten.

Zum Abschluss des Treffens ließ sich Franziskus mit Kampagnen-T-Shirts fotografieren, auf denen die Botschaften "Wasser ist mehr wert als Gold" und "Nein zum Fracking" standen. Franziskus bereitet nach Aussage mehrerer lateinamerikanischer Politiker eine Enzyklika zum Thema Umweltschutz vor.

Quelle: KNA

View article...
<http://tinyurl.com/p8c7kmm>

7. Kanadische Ureinwohner wegen fracking-Protesten festgenommen

Berliner Zeitung vom 23.10.2013
 Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/politik/10808018,24755804.html>

Szenen wie im Bürgerkrieg

In Kanada liefern sich Regierung und Ureinwohner gewalttätige Auseinandersetzungen um die Ausbeutung von Rohstoffen auf Indianerland. Mit ihrer Blockade knüpfen sie an die indigene "Idle-No-More" Bewegung an

Von Jörg Michel

Über dem Ort des Geschehens kreisten Polizeihubschrauber und Aufklärungsflugzeuge. Rauschschwaden schwärzten den Himmel. Auf dem Highway lagen brennende Autos, umgestürzte Bäume und zerfledderte Klamotten. Polizisten mit schusssicheren Westen, Schutzschildern und Helmen rückten Schritt für Schritt auf die Menschenmenge zu und trieben sie mit

Wasserwerfern auseinander. Am Ende flogen Steine und Molotow-Cocktails.

Fast könnte man meinen, die Szene spielte am Rande eines G-8-Gipfels oder irgendwo in Nahost. Doch sie trug sich zu fern ab vom Weltgeschehen im ländlichen Kanada zwischen herbstlich gefärbten Laubbäumen und pittoresken Kirchtürmchen. Genauer gesagt in Rexton, einem unscheinbaren 800-Einwohner-Dörfchen im Osten Kanadas unweit eines großen Indianerreservates.

Gegenüber standen sich die geballte Staatsmacht Kanadas und viele Dutzend Demonstranten. Die meisten gehörten zu den Mi'kmac-Ureinwohnern, die die Gegend seit Jahrtausenden bevölkern. Die Indianer protestierten gerade vor einem Lagerhaus eines Energieerzeugers gegen das so genannte hydraulische Fracking in ihrer angestammten Heimat, als die Situation außer Kontrolle geriet.

Am Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der vergangenen Woche wurden 40 Ureinwohner verhaftet und Dutzende verletzt. So geschehen in der letzten Woche in der kanadischen Ostküsten-Provinz New Brunswick. Seit den unschönen Szenen diskutieren die Kanadier über die Gefahren des Fracking, einem umstrittenen Verfahren zur Erdgas- und Erdölförderung, bei dem Flüssigkeiten unter hohem Druck in Gesteinschichten gepresst werden.

Angst vor verseuchtem Trinkwasser

Wieder einmal diskutieren die Kanadier aber auch über ihr Verhältnis zu den Ureinwohnern. "Die Polizei hat uns abscheulich behandelt", beklagte Arren Sock, Häuptling vom Elsipogtog-Stamm gestern in einer Pressekonferenz.

Sock war wie viele seiner Stammesgenossen während der Proteste vorübergehend festgenommen worden, betonte jedoch, dass er den involvierten Polizisten nach alter Stammestraktion verzeihe. In der Sache Fracking aber wollen die Ureinwohner hart bleiben.

An vielen Orten in Kanada werden derzeit umfangreiche seismische Tests zum Fracking durchgeführt, auch in der Provinz New Brunswick. Ziel der Regierung ist es, die Rohstoffförderung mit Hilfe der umstrittenen Technik deutlich zu erhöhen. Viele Ureinwohner aber fürchten, dass durch das Verfahren ihr Trinkwasser verseucht werden könnte. Außerdem fühlen sich politisch übergangen. "Niemand hat uns je gefragt, ob wir Fracking auf unserem Land wollen", beklagte Häuptling Sock.

So groß ist die Sorge, dass sich Ureinwohner aus dem ganze Land mit Sock und seinen Mitstreitern in New Brunswick solidarisiert haben. Der einflussreiche Großhäuptling Derek Nepinak aus der Prärieprovinz Manitoba sendete symbolisch warme Biberfelle für die Demonstranten. Die harren seit Wochen in einem provisorischen Camp am Highway 11 aus

und blockieren ein Warenlager des Energieunternehmens SWN Canada, das in New Brunswick derzeit Fracking-Versuche unternimmt.

Mit ihrer Blockade knüpfen die Ureinwohner an die indigene "Idle-No-More" Bewegung an, die das ganze bis im letzten Winter und Frühjahr in Atem gehalten hatte. Damals waren Tausende zumeist junge Ureinwohner auf die Straße gegangen, um gegen soziale Ausgrenzung, berufliche Perspektivlosigkeit und für politische Mitbestimmung zu demonstrieren.

Angesichts der wieder aufflammenden Proteste forderte der Interessenverband der kanadischen Ureinwohner in Ottawa jetzt ein mehrmonatiges Moratorium und einen grundsätzlichen Dialog über die Zukunft des Fracking.

Die Regierung aber bleibt bislang hart. Der Premier der Provinz New Brunswick David Alward versprach zwar, die Umweltsorgen der Ureinwohner ernst zu nehmen, will die Tests aber fortsetzen lassen. Unterstützt wird er dabei von der Bundesregierung in Ottawa.

Umweltschützer kritisieren Regierung

Die konservative Regierung von Premierminister Stephen Harper hatte in den letzten Jahren die Umweltschutzgesetze in Kanada Schritt für Schritt aufgeweicht, um den Abbau von Rohstoffen zu erleichtern. Mit einer millionenschweren PR-Kampagne und juristischen Hürden will die Regierung zudem den Ausbau von Öl-Pipelines in die USA und zur Pazifikküste vorantreiben - zum Teil gegen den erbitterten Widerstand von Ureinwohnern.

Die Regierung argumentiert mit Arbeitsplätzen und Wachstum und sieht eine Mehrheit der Kanadier hinter sich. Umweltschützer dagegen werfen der Regierung vor, das wahre Ausmaß der Probleme zu verschleiern. Kritische Wissenschaftler würden systematisch mundtot gemacht machen, beklagte der kanadische Umweltschützer und Wissenschaftsjournalist David Suzuki. Das betreffe das Fracking, aber auch den Pipelinebau oder die umstrittenen Ölsande. "Kanada steckt in einer echten Demokratie-Krise."

Dieser Tage wird diese Krise vor allem bei dem Mi'kmaq Indianern in New Brunswick ausgetragen. Premier Alward hatte letzte Woche vor Gericht eine einstweilige Anordnung erwirkt, mit dem Ziel das Protest-Camp der Ureinwohner räumen zu lassen. Nachdem diese nicht freiwillig aufgaben, war die Polizei mit Gewalt eingeschritten. Die Regierung warf den Ureinwohnern unter anderem vor, dort illegalen Waffen und Sprengstoff gehortet zu haben.

Der Energieerzeuger hat wegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen mittlerweile sein Gerät aus

dem fraglichen Warenlager geräumt und das Gericht hat die einstweilige Anordnung zurückgezogen. Das Protest-Camp aber bleibt bestehen und die nächsten Konflikte sind vorprogrammiert.

8. Umweltministerin will fracking in Deutschland verbieten

(Quelle: http://www.focus.de/politik/deutschland/trotz-abhaengigkeit-von-russland-barbara-hendricks-lehnt-fracking-in-deutschland-ab_id_3735456.html), (1.4.14)

Barbara Hendricks will Fracking gesetzlich verbieten. Trinkwasser und Gesundheit hätten absoluten Vorrang, so die Umweltministerin. Der Einsatz gefährlicher Substanzen sei nicht hinnehmbar - das stünde so auch im Koalitionsvertrag. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat der Förderung von Schiefergas aus tiefen Gesteinsschichten in Deutschland eine Absage erteilt. "Anders als die USA ist unser Land kleinräumig strukturiert und dicht besiedelt. Schon deswegen halte ich eine umweltverträgliche kommerzielle Anwendung der Fracking-Technologie bei uns für Wunschdenken", sagte die SPD-Politikerin der "Passauer Neuen Presse".

"Im Übrigen ist Fracking die falsche Antwort auf die Energiefrage. Eine Neuausrichtung unserer Energiepolitik sollte uns weg von fossilen Brennstoffen führen - unabhängig davon, woher sie kommen. Das ist nicht nur ein Gebot des Klimaschutzes, sondern macht uns auch unabhängiger von Importen."

Kontroverse in der Koalition
Hendricks will Fracking gesetzlich verbieten. "Der Koalitionsvertrag ist da sehr klar: Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang. Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen lehnen wir ab.

zubringen", sagte der CDU-Abgeordnete den "Ruhr Nachrichten". Fracking dürfe nicht wie die Kernkraft zur Risikotechnologie abgestempelt werden. Die Diskussion über Fracking hatte sich zuletzt im Zuge der Debatte um die Abhängigkeit von russischem Erdgas wieder verstärkt.

9. Grüne befragen 100 Firmen nach Ölverbrauch - keine Antwort

(Quelle: greenhouse-infopool/Thüringer Allgemeine <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/977076658>)

Matthias Thüsing / 06.02.14 / TA

ERFURT. Die weltweit schwindenden Ölvorkommen werden nach Auffassung des energiepolitischen Sprechers der Grünen-Fraktion, Dirk Adams, schon bald ernsthafte Folgen nach sich ziehen.

"Die abnehmende Verfügbarkeit dieses Energieträgers gefährdet die bisherige Basis unseres Wirtschaftssystems", so Adams. Gestern legte er eine Studie [1] vor, die von der grünen Landtagsfraktion in Auftrag gegeben wurde - und zu gleichlautender Auffassung gelangt.

Öl schmiert Motoren und Geschäfte von Industrie und Handel in Thüringen.

2011 - jüngere Zahlen liegen noch nicht vor - wurden landesweit 1,79 Millionen Tonnen Mineralölprodukte verbraucht, vor allem Kraftstoffe beziehungsweise Heizöl. Die Gesamtmenge entspricht 804 Kilogramm Mineralöl pro Kopf - vom Säugling bis zum Greis.



Das werden wir gesetzlich festschreiben."

dpa-Grafik Diese Grafik zeigt, wie das Fracking funktioniert

Unionsfraktionsvize Michael Fuchs sprach sich hingegen für ein Fracking-Pilotprojekt aus. "Wir müssen endlich darüber nachdenken, Pilotvorhaben voran-

Doch seit 2005 ist die weltweite Ölfördermenge nicht mehr gestiegen. Vermutlich schon in 20 Jahren werde kein Förderzuwachs mehr möglich sein, so auch die Prognose der Bundesanstalt für Geowissenschaften: "Öl ist der einzige nicht erneuerbare Energierohstoff, bei dem in den kommenden Jahrzehnten eine steigende Nachfrage nicht mehr gedeckt werden kann."

Ist Thüringen darauf vorbereitet? Als im Februar vor zwei Jahren Ägypten auf die Barrikaden ging, zeigte sich IHK-Hauptgeschäftsführer Gerald Grusser besorgt. Die instabile Lage rund um den Suez-Kanal könne den Ölpreis in die Höhe treiben - mit allen negativen Folgen für die Wirtschaft

auch in Thüringen. Denn acht Prozent des globalen Öltransports erreicht Europa durch dieses Nadelöhr.

Im Mai 2012 waren es die Ostthüringer Kollegen, die vor einem anhaltend hohen Ölpreis warnten. Spritpreise von 1,75 Euro im Maximum würden jedes Lohnplus auffressen. Das gefährde hierzulande die Konsumfreude der Verbraucher.

Und als die Autoren der Grünen-Studie jetzt bei den hundert größten Thüringer Unternehmen nach der Bedeutung des Öls für die heimische Wirtschaft nachfragten, habe "kein einziges geantwortet", sagt Verfasser Norbert Rost vom Dresdner Büro für post-fossile Regionalentwicklung. "Oft dachten die kontaktierten Mitarbeiter nur an Heizöl und haben uns in die Einkaufsabteilung verwiesen."

Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Laut Adams ist es vor allem die Abhängigkeit vom Öl als Kraftstoff im Straßenverkehr, die Thüringen verletzlich macht. Zwar sei der Verbrauch von Mineralöl in Thüringen der Studie zufolge im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte um ein gutes Fünftel zurückgegangen. Doch hängen Transportwesen, Pendlerverkehr, Industrie, Landwirtschaft allesamt am Öl.

Für Dirk Adams liegt hier ein Schwerpunkt künftiger grüner Politik. Der bisherigen Förderung der Exportwirtschaft, will er die "Betonung dezentraler Strukturen nicht nur im Energie- sondern auch im Wirtschaftsbereich" entgegensetzen. Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten über Pilotprojekte und finanzielle Anreize gefördert werden. So könnten etwa landwirtschaftliche Großmaschinen auf den Betrieb mit Pflanzenölen umgestellt werden. "Das hilft auch den heimischen Ölmühlen", sagt er. Die Gesamtkosten des Wirtschaftsumbaus konnte Adams gestern nicht beziffern.

Im Grundsatz hält das Thüringer Wirtschaftsministerium diese Initiative für richtig. "Ein Umstieg von fossilen auf regenerative Energien und Kraftstoffe und mehr Energieeinsparung bleiben notwendig, sowohl aus Umwelt- und Klimaschutzgründen als auch aus wirtschaftlichen Gründen", so ein Sprecher. Doch sei die gezielte Ansiedlung von Firmen im ländlichen Raum, wie in der Grünen-Studie ange-regt, kein geeignetes Mittel. "Weder eine schnelle Verlagerung von Firmen ist denkbar, noch wollen wir Firmen Vorschriften dazu machen, wo sie sich ansiedeln sollen. Wirtschaftliche Aktivitäten konzentrieren sich immer auf bestimmte Zentren, weil nicht jede Infrastruktur überall vorgehalten werden kann."

[1] <http://tinyurl.com/peak-oil-thueringen>

10. Siliziummarkt wächst rapide

(Quelle: greenhouse-infopool)

Posted on: Tuesday, February 11, 2014 2:31 PM

Author: Daniel Seeger

In diesem Jahr steigt laut Prognose von US-Analysten der Siliziumbedarf um etwa 25 Prozent an, insbesondere in der Photovoltaik. Trotz des immer effizienteren Einsatzes des teuren Rohstoffes steigen für Modulbauer wie Solarworld die Kosten.

Der weltweite Siliziumbedarf steigert sich in diesem Jahr laut den US-Marktforschern NPD Solarbuzz um rund ein Viertel auf 282.000 Tonnen. Der mit Abstand größte und dazu wachsende Anteil entfällt dabei auf die Produktion von Solarmodulen. 2014 sollen laut Solarbuzz weltweit Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 49 Gigawatt neu aufgebaut werden, im vergangenen Jahr waren es etwas über 30 Gigawatt.

Die Zahlen zum Siliziumbedarf und dem Ausbau der Photovoltaik im Jahr 2014 stehen jedoch nicht im direkten Verhältnis zueinander, da zwischen Produktion des Rohstoffes und der Installation des damit gefertigten Solarmoduls zumeist mehrere Monate liegen.

Mit den Zubauraten in der Photovoltaik steigert sich gleichzeitig die Effizienz des in den Modulen verarbeiteten Siliziums durch verbesserte Technik. Laut NPD Solarbuzz sank der Siliziumbedarf in Solarmodulen seit 2005 um 55 Prozent auf etwa fünf Gramm pro Watt. Die Effizienz des Materialeinsatzes soll sich zwar auch künftig steigern, allerdings nicht mehr in dem Tempo der vergangenen Jahre.

Erst vor wenigen Tagen meldete der Bonner Solarkonzern Solarworld neue Belastungen im zweistelligen Millionenbereich nach der Neuverhandlung bestehender Rohstoff-Lieferverträge.

View article...

http://bizzenerytoday.com/siliziummarkt_wachst_rapide

11. Braunkohletagebau zerstört Weltkulturerbe

Bei archäologischen Untersuchungen im Vorfeld des Tagebaues Nochten vor der Abaggerung des Geländes sind in den vergangenen Tagen die Fundamente des von Fürst Pückler (1785-1871) entworfenen chinesischen Aussichtsturms freigelegt worden. Der Fund belegt, dass Pücklers ehemaliger Jagdпарк eigentlich Teil des Weltkulturerbes Muskauer Park sein müsste.

Ausschließlich wegen des geplanten Tagebaues ist das Gebiet nicht an die UNESCO gemeldet worden. Aktuell werden die Reste der wertvollen Landschaft unwiederbringlich zerstört. Dabei wird auch das Naturschutzgebiet "Urwald Weißwasser" zerstört. Nach Ansicht von Regionalhistorikern könnte das Gebiet bereits vor Pückler als Heiligtum verehrt worden sein. Über die Inanspruchnahme des geplanten Abbaugbietes 2 und die Umsiedlung von 1700 Menschen muss die Regionalversammlung am 2. April in Bautzen noch ein-

mal entscheiden, nachdem das Innenministerium zusätzliche Auflagen formuliert hat. Edith Penk, von der Umsiedlung bedrohte Einwohnerin aus Rohne berichtete, dass sie an einer im Vorfeld des Tagebaus Nochten gefällten Plattenkiefer 276 Jahrringe zählen konnte, dass es sich also um eine der ältesten Kiefern Deutschlands gehandelt haben müsse. Sie übergab einen Schössling des Baumes an den Leiter des sorbischen Museums, Tomas Nawka.



(Quelle: Kohlerundbrief 25.3.14 der Umweltgruppe Cottbus e.V. der GRÜNEN LIGA).

12. Markt für Kupfer ist angespannt

Preis des roten Metalls auf Fünf-Wochen-Hoch

Frankfurter Allgemeine Zeitung
<http://www.faz.net/-gx7-7k16y>

14.12.2013

maxw. FRANKFURT, 13. Dezember. Jüngst rechnete Jean-Sébastien Jacques, Vorstandsvorsitzender von Rio Tinto, den Zuhörern auf einer Aktionärsversammlung vor, wie es um den Kupferbedarf und das Kupferangebot steht. Zwischen den Jahren 2012 und 2025 muss die Industrie jährlich 2 Millionen Tonnen Kupfer zusätzlich erschließen, um das bisherige Niveau aufrecht erhalten zu können. Der Grund: Der Kupfergehalt beim Abbau sinkt, und Minesschließungen erledigen den Rest.

Dabei steigt die Nachfrage nach Kupfer. Ursächlich dafür sind die zunehmende Weltbevölkerung und die steigende Urbanisierung und Industrialisierung in den Schwellenländern. Chinas nachhaltiges Wirtschaftswachstum von 7 bis 8 Prozent jährlich verschlingt enorme Mengen des rötlichen Metalls - selbst wenn die Konjunktur in China momentan nicht auf Hochtouren läuft. Die Volksrepublik hat im November 435 000 Tonnen Kupfer importiert und damit 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Infrastrukturboom sorgt in China für eine extrem hohe Nachfrage. Erst in den Jahren 2014 und 2015, wenn zahlreiche neue Kupferprojekte an den Start gehen, wird

es zu einer Entspannung am Kupfermarkt kommen, wie die Analysten der Unicredit in einem Marktbericht schreiben. Sie erwarten für 2014 einen durchschnittlichen Kupferpreis von 7000 Dollar je Tonne und für 2015 etwa 6800 Dollar je Tonne.

[Anfang Dezember 2013] ... kostete eine Tonne Kupfer 7202 Dollar und war damit auf einem Fünf-Wochen-Hoch, seit Anfang des Jahres jedoch mit 9 Prozent im Minus. Bei Kupfer hat die Forward-Kurve zuletzt deutlich in die sogenannte Backwardation gedreht. Dies bedeutet, dass der Kauf beziehungsweise die Lieferung von Kupfer zu einem späteren Zeitpunkt günstiger sind als zu einem früheren Zeitpunkt. Anleger können von dieser Situation profitieren und Gewinne mitnehmen und bei dieser Konstellation bereits bei den gleichbleibenden Rohstoffpreisen am Kassamarkt zusätzliche Rendite erwirtschaften. Die Backwardation spreche für eine angespannte Angebots-Nachfrage-Situation am globalen Kupfermarkt, schreiben die Analysten der Commerzbank. Die bisher für dieses Jahr berichteten Überschüsse fielen auch deutlich geringer aus als noch zu Jahresbeginn erwartet. Vor allem die Nachfrage zeige sich derzeit stark, was an weiter fallenden Lagerbeständen ersichtlich ist. In den Lagerhäusern der London Metal Exchange sind die Kupfervorräte unter 400 000 Tonnen gesunken. Die hohe Anzahl an gekündigten Lager-scheinen von gut 268 000 Tonnen - 67 Prozent der gesamten LME-Kupferbestände - spricht dafür, dass die Vorräte weiter abgebaut werden.

Der amerikanische Minenkonzern Freeport hat schon gewarnt, das indonesische Exportverbot könnte die Produktion seiner in dem Land befindlichen Grasberg-Kupfermine im kommenden Jahr um 60 Prozent verringern. Sollte Freeport seine Eisenerz-Exporte tatsächlich zurückfahren müssen, dann würde das nach Einschätzung von UBS-Analyst Dominic Schnider die globale Balance von Kupfer-Angebot und -Nachfrage spürbar verändern.

Zum Thema: Der Schlüssel zu den Rohstoffen 07.12.2013 Die Jagd auf Metalle und Mineralien für die Stromquellen von morgen ist in vollem Gange. Wie lässt sich die Versorgung sichern und ein Engpass vermeiden? Ein Lagebericht.

<http://www.faz.net/-gx7-7k16y>

13. Kupfer - Autos - Menschenrechte

MediaWatch

<http://epo-mediawatch.blogspot.de/2013/12/kupfer-autos-menschenrechte.html>

SAMSTAG, 21. DEZEMBER 2013

Uwe Kerkow

Bergbau ist in Peru einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Mehr als die Hälfte der peruanischen Exporte stammen aus dem Bergbau und rund ein Fünftel der ausländischen Direktinvestitionen fließt in diesen Sektor. Für transnationale Bergbaukonzerne aus Kanada, China, der Schweiz oder Brasilien bietet Peru ein äußerst attraktives Investitionsklima. Der Bergbau ist ein wichtiger Wachstumstreiber für die peruanische Wirtschaft und wird aller Voraussicht nach auch weiterhin auf Expansionskurs bleiben. Doch stellt sich die Frage: Haben die Menschen vor Ort an dieser Erfolgsgeschichte teil?

Die jetzt von Misereor vorgelegte Studie [1] zeigt, dass der Nutzen des Bergbaus für breite Teile der Bevölkerung doch sehr begrenzt ist. Obwohl in keinem anderen Sektor so viel investiert wird, findet weniger als ein Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung dort einen Arbeitsplatz. Obwohl mit dem raschen Wachstum der peruanischen Wirtschaft in der Hauptstadt Lima die Armut stark abgenommen hat, stagniert sie in ländlichen Regionen auf hohem Niveau und betrifft in den Anden nahezu 60 Prozent der Bevölkerung.

Doch das sind nicht alle Schattenseiten: Die Leidtragenden des Bergbaus sind häufig jene - oft indigenen - Gemeinschaften in den Bergbauregionen selbst. Viele von ihnen wurden umgesiedelt, häufig ohne dass man sie angemessen konsultiert hat oder ohne dass sie eingewilligt haben. Häufig setzen Armee, Polizei oder privaten Sicherheitskräfte auch brutale Gewalt ein, um Bergbauprojekte durchzudrücken. Vielen Menschen wurden die Lebensgrundlagen entzogen, ihr Trinkwasser mit Schwermetallen belastet, ihre Rechte auf Wasser, Nahrung und Gesundheit verletzt. Friedlicher Widerstand wird gewaltsam niedergeschlagen. BergbaueegnerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werden häufig diffamiert, kriminalisiert, manchmal auch ermordet. Dies haben auch einige unserer Partner leidvoll erfahren müssen.

Uns in Deutschland dürfen solche Zustände nicht kaltlassen. Sie haben auch mit unserem eigenen Leben zu tun. Rohstoffe aus Peru werden von deutschen Unternehmen in zahlreichen Branchen verwendet. Mangels Transparenz in den Lieferketten kann niemand ausschließen, dass sich zum Beispiel in unseren Autos Kupfer [2] oder Zink aus Peru befindet. Und es ist überhaupt nicht auszuschließen, dass beim Abbau dieser Rohstoffe Umwelt zerstört oder Menschenrechte verletzt wurden.

Wie können alle Beteiligten sicherstellen, dass Menschenrechte und Umwelt beim Rohstoffabbau geschützt werden? Die Studie stellt die Situation im peruanischen Rohstoffsektor dar und zeigt ausgewählte wirtschaftliche und politische Bezüge zu Deutschland auf. Doch fertige Antworten gibt sie nicht - die müssen in einem breiten gesellschaftlichen und internationalen Dialog gesucht werden. In diesem Dia-

log dürfen die Stimmen der Ärmsten und Benachteiligten nicht fehlen.

[1] <http://tinyurl.com/k9826w7>

[2]

<http://www.klimaretter.info/mobilitaet/hintergrund/14593>

14. Wieder «Berggeschrey» im Erzgebirge - Bergbau startet neu

(Quelle: greenpeace-magazin.de: Tagesthemen
Posted on: Monday, November 04, 2013 8:15 AM)
Author: greenpeace-magazin.de: Tagesthemen

Von Ralf Hübner, dpa Oberwiesenthal (dpa) - Neues «Berggeschrey» im Erzgebirge: Mit dem Betriebsstart einer Grube in Niederschlag bei Oberwiesenthal wird an diesem Freitag ein neues Kapitel Bergbaugeschichte geschrieben. «Es ist das erste neue Bergwerk in Deutschland seit etwa 40 Jahren», sagt der Geschäftsführer der Erzgebirgischen Fluss- und Schwespatwerke, Wolfgang Schilka. Etwa drei Jahre lang war am Aufbau der Anlagen - am Bergwerkaufschluss - gearbeitet worden. Seit etwa zwei Wochen läuft der Probebetrieb. In dem neuen Bergwerk soll Fluss- und Schwespat gefördert werden. Diese gelten als wichtige Grundstoffe der chemischen Industrie. Die Pläne für das Bergwerk hatte es schon 1966 in der DDR gegeben. Daraus war damals aber nichts geworden.

Der Bergbau im Erzgebirge hat eine lange Geschichte. Silberfunde machten Mitte des 12. Jahrhunderts die damals noch nahezu unbewohnte Gegend zum Klondike des Mittelalters. Aus dem unwirtlichen Miriquidi - einem ungemütlichen, finsternen Urwald - wurde das Erzgebirge. Dessen Silber hat Land und Herrscher einst reich gemacht. Der Bergbau zählte lange Zeit zu den wichtigsten Einnahmequellen Sachsens. Neben Silber und Kupfer wurde vor allem Zinn sowie später auch Blei, Molybdän und Uran gefördert.



die jetzigen Standards entspricht. Das Land helfe, indem es zu bekannten Lagerstätten «Steckbriefe» bereitstelle. Zudem ist unlängst ein Projekt zur Erkundung von Lagerstätten per Hubschrauber aus der Luft gestartet worden.

Bild: Steinbruch bei Aue (Erzgebirge)

Der Silberbergbau wurde 1913 eingestellt. Mit Gründung des Deutschen Reiches 1871 war die Währung auf Gold umgestellt worden, das Silber büßte seine Bedeutung ein. Die letzte Erweiterung eines Bergwerkes in der Region gab es laut Oberbergamt in den 1980er Jahren, als die DDR viel Geld in die Modernisierung der Zinngrube in Altenberg steckte. Als 1991 für die letzten Zinngruben in Altenberg und Ehrenfriedersdorf das Aus kam, schien der Bergbau im Erzgebirge Geschichte. Die Errichtung eines vollständig neuen Bergwerks wie in Niederschlag sei deshalb eine Besonderheit, heißt es im Oberbergamt.

Das Erzgebirge ist zwar noch immer reich an Rohstoffen. Allerdings ist der Metallgehalt der Erze oft niedrig, die Gewinnung aufwendig. Doch seit die Preise auf den Rohstoffmärkten weltweit steigen, ist die Region für Bergbauunternehmen wieder interessant. Derzeit wird vor allem nach Kupfer, Zinn, Wolfram, Nickel, Indium und Molybdän sowie Fluss- und Schwerspat gesucht. Aktuell hat das Oberbergamt 18 Mal die Erlaubnis zur Erkundung von Lagerstätten nach Spat oder Erz erteilt. In drei Fällen gibt es schon eine Bewilligung zum Abbau: Neben Niederschlag ist das in Pöhla (Wolfram, Zinn, Flussspat und andere) sowie in Ostsachsen in Schleife (Kupferschiefer).

«Schwerpunkt der Erkundungsaktivitäten sind bisher die Nacherkundung und Verifizierung alter Ergebnisse bekannter Lagerstätten», sagt Martin Herrmann vom Oberbergamt. Der Grund: Zur Finanzierung von Bergbauprojekten müssten die Unternehmen eine Bewertung der Lagerstätten vorweisen,

15. World Ocean Review: Jetzt geht's an die Energiereserven der Ozeane

Feed: ZEIT ONLINE: Wirtschaft via greenhouse-infopool

Posted on: Thursday, February 20, 2014 2:49 PM

Author: ZEIT ONLINE : Wirtschaft

In den Meeren steckt noch so viel Öl und Gas, dass sich selbst die extrem teure Förderung lohnt. Doch die Ausbeutung gefährdet die sensible Umwelt, warnt ein Report.

Um den weltweit wachsenden Energiebedarf zu decken, steht in den Weltmeeren derzeit noch genug Öl zur Verfügung. Den Meeren das Öl zu entlocken, wird aber immer aufwändiger, teurer und riskanter. Das geht aus dem dritten World Ocean Review [1] hervor, der Chancen und Risiken der Rohstoffgewinnung aus dem Meer [2] beschreibt.

Der Report, den Meereswissenschaftler des Exzellenzclusters Ozean der Zukunft in Kiel [3] und die Zeitschrift Mare erstellt haben, ist eine der ersten umfassenden Einschätzungen über die Menge an bekannten Öl- und Gasvorkommen und der festen Gashydratvorkommen unterhalb des Meeresbodens. Der Report stellt zudem das ökonomische Potenzial von mineralischen Rohstoffen wie Manganknollen, Kobaltkrusten und Massivsulfiden

vor und welche Folgen die Förderung auf die Umwelt hat.

Nach Einschätzung der Kieler Wissenschaftler bergen die Ozeane noch enorme Vorräte, um den Energiehunger in den kommenden Jahren zu stillen. Insgesamt umfassten die weltweit bekannten Ölrerven und -ressourcen im Jahr 2011 rund 585 Milliarden Tonnen. Die Gasreserven und -ressourcen beliefen sich auf rund 772 Billionen Kubikmeter Erdgas.

Rund ein Drittel der weltweiten Erdgas- und Erdölmengen werden schon heute im Meer gewonnen. Dieser Anteil werde sich in den kommenden Jahrzehnten noch erhöhen, so die Autoren. Da viele Gas- und Ölfelder im Flachwasser bereits weitgehend ausgebeutet seien, müssten die Konzerne in immer größere Meerestiefen vordringen.

Zwar sei die Gas- und Ölförderung in der Tiefsee rund viermal teurer als im Flachwasser, doch mit dem steigenden Ölpreis [4] werde auch diese Förderung wirtschaftlich. Den Tiefenrekord in der Ölförderung halte derzeit ein internationaler Ölkonzern mit einer Bohrinsel [5] im Tobago-Feld im Golf von Mexiko mit 2.934 Meter Wassertiefe. Beim Erdgas liege er bei 2.700 Metern.

Neben der Rohstoffversorgung helfe der Meeresbergbau, Landnutzungskonflikte zu vermeiden, heißt es in dem Bericht. Und Staaten, die über keine eigenen Rohstoffreserven verfügen, könnten etwas mehr Unabhängigkeit von den Exportnationen erlangen.

Gefahren des Meeresbergbaus

Doch den Vorteilen stehen enorme Risiken gegenüber. Ein Abbau sei immer mit Umweltbelastungen verbunden, darüber müsse diskutiert werden, betonte der Kieler Ozeanograf Martin Visbeck. So sind sich Wissenschaftler dem Bericht zufolge darin einig, "dass der Abbau von Manganknollen einen erheblichen Eingriff in den Lebensraum Meer darstellt". Der Lärm und die Vibrationen, die bei Abbau, Herauspumpen und Reinigen der Knollen entstehen, könnten Delfine und Wale stören. Und im durchpflügten Bereich würden alle Tiere sterben, die nicht schnell genug fliehen könnten, etwa Würmer, Schnecken und Seegurken.

Die Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon [6] habe gezeigt, dass die Bohrungen in der Tiefe auch zunehmend riskant werden. Solche spektakulären Unfälle sowie Tankerhavarien seien im Durchschnitt für etwa zehn Prozent der Verölung der Ozeane verantwortlich. Weitaus problematischer sei die Verschmutzung der Meere durch die schleichende Ölpest - die chronische Verschmutzung [7] aus vielen kleinen Quellen, etwa im Bereich der Schifffahrt, wenn durch illegale Tankreinigungen oder Unachtsamkeit beim Verladen Öl ins Meer gelange.

Angesichts internationaler Meeresschutzabkommen und Konventionen habe die Ölverschmutzung der Meere in den vergangenen Jahrzehnten weltweit abgenommen, schreiben die Wissenschaftler. Dies sei jedoch kein Grund, ein positives Fazit zu ziehen: Noch immer gelangten jedes Jahr rund eine Million Tonnen Öl in die Ozeane, die marine Lebensräume und Organismen vergifteten.

QUELLE: ZEIT ONLINE, sk, muk, dpa
Links:

[1] <http://worldoceanreview.com/>

[2] <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2011/02/Dossier-Rohstoffe-Abbau-im-Meer>

[3] <http://www.futureocean.org/de/>

[4]

<http://www.zeit.de/schlagworte/themen/oelpreis/index>

[5]

<http://www.zeit.de/schlagworte/themen/bohrinsel/index>

[6] <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-07/wahrheit-oelpest-oilspill>

[7] <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-04/oelpest-mittelmeer>

View article...

<http://zeit.de/wissen/umwelt/2014-02/world-ocean-review-rohstoffe-weltmeere/>

16. EU-Konsultation zum Bergbau am Meeresboden bis zum 16. Juni 2014

Quelle: <http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=4500>

16.04.2014 / Meere und Fischerei

Noch bis zum 16. Juni 2014 können interessierte EU-BürgerInnen an der Konsultation über den Bergbau am Meeresboden teilnehmen.

Grund für die Konsultation ist die Tatsache, dass die Unterwasser-Technologie immer ausgereifter wird und dadurch der Bergbau am Meeresboden in immer größerem Stil durchgeführt wird. Zurzeit findet Unterwasser-Bergbau vor allem in flachen Gewässern statt. Bereits seit den 1960er Jahren besteht Interesse am Tiefseebergbau, doch bis jetzt wurden laut Angaben der EU-Kommission noch keine kommerziellen Aktivitäten eingeleitet. Seit zehn Jahren wird das Interesse jedoch größer. Die Bergbautätigkeiten könnten von einer schwimmenden Plattform auf der Meeresoberfläche aus gesteuert werden und der Gewinnung von wichtigen Rohstoffen dienen.

Die Unterlagen für die Konsultation stehen auch in deutscher Sprache zur Verfügung. Die Konsultation endet am 16. Juni 2014.

Konsultation Bergbau am Meeresboden
<http://tinyurl.com/mndrijpr>

17. Greenpeace-Bericht: Rohstoffversorgung bleibt «Achillesferse» der Wirtschaft

(Quelle: greenpeace-magazin.de via greenhouse-infopool: Tagesthemen Posted on: Monday, December 09, 2013 1:06 PM)
Author: greenpeace-magazin.de: Tagesthemen

Hannover (dpa) - Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sieht den Industriestandort Deutschland durch ernste Versorgungsengpässe bei Rohstoffen bedroht. In den kommenden Jahren könnte die Planungssicherheit der Unternehmen eingeschränkt werden, warnte die Bundesanstalt in einem am Montag veröffentlichten Bericht zur Lage der Rohstoffversorgung in Deutschland. Die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt musste 2012 mineralische Rohstoffe und Energierohstoffe im Wert von rund 150,5 Milliarden Euro einführen und damit 6,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

«Die Versorgung mit Rohstoffen bleibt die Achillesferse für den Technologiestandort Deutschland», kommentierte BGR-Experte Volker Steinbach die Daten. Die heimischen Unternehmen bleiben auf funktionierende Rohstoffmärkte angewiesen, wie es hieß. Dabei stelle auch der Einfluss der Spekulation an den Märkten die von Importen abhängige deutsche Wirtschaft vor neue Herausforderungen.

«Wie in den Jahren zuvor machten die Energierohstoffe den größten Teil der Importausgaben aus», so der BGR. Laut den Experten betragen die deutschen Rohölimporte im vergangenen Jahr 93,4 Millionen Tonnen. Das sind 2,9 Millionen Tonnen oder 3,2 Prozent mehr als 2011. Über 60 Prozent der deutschen Ölimporte stammen aus Russland, Großbritannien und Norwegen.

Dagegen förderte Deutschland 2012 laut dem Bericht 198,8 Millionen Tonnen Braunkohle, Steinkohle und Erdöl. Im Jahr zuvor lag die Produktionsmenge bei 191,3 Millionen Tonnen. Das Produktionsvolumen der mineralischen Rohstoffe verharrte 2012 unverändert zum Vorjahr bei etwa 605 Millionen Tonnen.

Trotz der höheren deutschen Fördermenge an Energierohstoffen 2012 sieht die BGR eine «natürliche Erschöpfung der heimischen konventionellen Erdöl- und Erdgasvorkommen». Gemeinsam mit dem Auslaufen der Steinkohlesubventionierung sei auch zukünftig von einem weiteren Anstieg der Importabhängigkeit Deutschlands bei Energierohstoffen auszugehen, heißt es weiter in dem Bericht. Immerhin

könne der zunehmende Trend zum Recycling einen deutlichen Beitrag zur Verbesserung des Rohstoffangebots in Deutschland leisten.

18. Millionenstrafe gegen US-Bergbaufirma wegen Umweltschäden in Kolumbien

Feed: greenpeace-magazin.de: Tagesthemen
Posted on: Thursday, December 19, 2013 8:25 PM
Author: greenpeace-magazin.de: Tagesthemen

Bogotá (dpa) - Wegen schwerer Umweltschäden vor der Karibikküste hat das kolumbianische Umweltministerium eine Strafe in Höhe von fast sieben Milliarden Peso (2,6 Mio Euro) gegen das US-Bergbauunternehmen Drummond verhängt. Außerdem müsse der Konzern die Bucht von Santa Marta säubern, teilte das Ministerium am Donnerstag mit.

Im Januar waren bei der Havarie eines Schiffes von Drummond im Hafen von Santa Marta rund 500 Tonnen Kohle ins Meer verklappt worden. Nur so habe verhindert werden können, dass die Barkasse mit insgesamt 3000 Tonnen Kohle an Bord sinkt, teilte das Unternehmen damals mit. Die kolumbianischen Behörden bezweifelten diese Darstellung.

Die Strafe ist die höchste, die in Kolumbien bislang für Umweltverschmutzung verhängt wurde. «Die Unternehmen und ihre Angestellten müssen sich der Risiken bewusst sein, die ihre Arbeit birgt», sagte Umweltministerin Luz Helena Sarmiento. Im vergangenen Jahr hätten sich die Sanktionen gegen Firmen wegen Umweltvergehen vervierfacht.

Kohle ist nach Erdöl das zweitwichtigste Exportgut Kolumbiens. 2012 wurden fast 90 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert. Wegen mutmaßlicher Kontakte zu paramilitärischen Gruppen und Umweltschäden steht die Branche allerdings in der Kritik. Mit einer jährlichen Produktionsmenge von rund 30 Millionen Tonnen ist Drummond der zweitgrößte Bergbaukonzern in dem südamerikanischen Land.

View article...
<http://tinyurl.com/klnclg3>